



HESSISCHER LANDTAG

10. 09. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Die Renaissance des Verbrennungsmotors hat begonnen: wann wird die Regierung Rhein ihr Versprechen vom Autoland Hessen in die Tat umsetzen?

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass sich die Ertragslage der deutschen Automobilhersteller im ersten Halbjahr 2025 dramatisch verschlechtert hat: Porsche berichtet von einem Gewinnrückgang um 67 Prozent, Mercedes um 55 Prozent, der VW-Konzern um 33 Prozent und die BMW-Gruppe um 27 Prozent, bezogen auf das erste Halbjahr 2024. Die Konsequenzen dieser negativen Entwicklung sind für den Autostandort Hessen unmittelbar spürbar. Die Beschäftigung bei den Herstellern sinkt seit 2018 kontinuierlich um bislang 12.000 Stellen, was jedem fünften Arbeitsplatz entspricht. Auch die hessische Zuliefererindustrie verzeichnet seit 2019 einen Stellenabbau in derselben Größenordnung um 20 Prozent. Das Kraftfahrt-Bundesamt verzeichnet im ersten Halbjahr bei dem in Rüsselsheim produzierten Opel Modell „Astra“ einen Rückgang an Neuzulassungen in Höhe von 33 Prozent zum ersten Halbjahr 2024.
2. Der Landtag stellt fest, dass leitende deutsche Automanager die Kosten der gescheiterten E-Auto-Strategie der letzten zehn Jahre für die Gewinneinbrüche mit verantwortlich machen, neben den großen Absatzproblemen in China, den verfehlten Verhandlungen der EU mit den USA im Zollstreit und den hohen Standortkosten in Deutschland.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Vorstandschefs deutscher Automobilhersteller, allen voran Mercedes und BMW, bekanntgegeben haben, neue Generationen von Verbrennungsmotoren mit Nachdruck zu entwickeln und in den Markt zu bringen, weil die weltweite Nachfrage nach Verbrennungsmotoren unvermindert anhält und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren eine deutlich bessere Marge erwirtschaften als E-Autos.
4. Der Landtag stellt fest, dass in vielen Regionen der Erde, unter anderem in Teilen Afrikas, Asiens, und Südamerikas sowie den Ländern des sog. Globalen Südens, Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotor noch auf viele Jahre oder Jahrzehnte hinaus alternativlos bleiben werden. Für Deutschland als Exportnation ist diese Feststellung entscheidend. Die Landesregierung hat festgestellt, dass die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb, die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand Hessens darstellt. Sie muss jetzt auch entsprechend dieser Erkenntnis handeln.
5. Der Landtag fordert Ministerpräsident Rhein auf, das Versprechen, Hessen zu einem Autoland zu machen, die IAA wieder nach Frankfurt zurückzuholen und die Rahmenbedingungen für Automobilhersteller und -zulieferer zu verbessern, endlich auch umsetzen. In einer Nachricht auf X kündigte der Ministerpräsident bereits vor zwei Jahren an: „Wir wollen den Verbrennungsmotor verbessern, nicht verbieten. Das Verbrennerverbot ist ein großer Fehler und ein harter Schlag gegen die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in Hessen.“
6. Der Landtag fordert Ministerpräsident Rhein auf, einen Autogipfel einzuberufen, um gemeinsam mit den relevanten Akteuren der Automobilindustrie einen „Zukunftsplan Automobil“ zu erarbeiten, der globale Markttrends, die Renaissance des Verbrennungsmotors sowie internationale Absatzmärkte berücksichtigt. Ziel muss sein, Arbeitsplätze in Hessen zu sichern, indem Automobilunternehmen nicht weiter Entwicklung und Produktion ins meist nicht-europäische Ausland verlagern, sondern wieder in Hessen investieren.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass bei der Betrachtung der Nachhaltigkeit von Fahrzeugen nicht nur die Emissionen, sondern auch die gesamte Lebensspanne von der Produktion bis zur Wiederverwertung zu berücksichtigen. Diese Forderung stellt, neben anderen Managern, auch der BMW-Vorstandsvorsitzende an die Politik.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Nachfrage nach rein batterieelektrischen Fahrzeugen weiterhin stockt und ohne staatliche Subventionen auf Kosten der Steuerzahler, ob in Form von steuerlichen Erleichterungen für Flottenkunden oder prämiengestützten Anreizsystemen, komplett eingebrochen wäre.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass das von der EU nach wie vor geforderte Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 angesichts der deutlichen Zahlen und Fakten aus Industrie und Wirtschaft nicht mehr nur verschoben, sondern jetzt komplett abgeschafft werden muss.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Paradigmenwechsel in der hessischen Wirtschaftspolitik zu vollziehen: Weg von staatlichen Eingriffen in den Markt in Form einer fehlgeleiteten Subventionspolitik für E-Autos und hin zu mehr marktwirtschaftlicher Toleranz und Technologieoffenheit, damit die Rahmenbedingungen für die hessische Automobil- und Zuliefererindustrie langfristig verbessert werden.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für Technologieoffenheit für alle Antriebstechnologien, als einen entscheidenden Standortvorteil für Hessen, einzusetzen. Insbesondere der hessische Mittelstand mit seinen zahlreichen Zuliefererbetrieben würde von einer Abschaffung der einseitigen E-Autoförderung profitieren. Im Kontrast hierzu trägt eine am Markt orientierte Politik sowohl zum Erhalt als auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei und leistet einen echten Beitrag zum Umweltschutz.
12. Der Landtag stellt fest, dass für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Lohnstückkosten und die Kosten der Stromversorgung unverzüglich und gravierend reduziert werden müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 10. September 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe